



Marco Bülow

Mitglied des Deutschen Bundestages
stellv. Energiepolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
☎ (030) 227 - 73 403
☎ (030) 227 - 76 488
✉ marco.buelow@bundestag.de

Bürgerbüro Dortmund

Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund
☎ (0231) 4766990
☎ (0231) 4766991
✉ marco.buelow@wk.bundestag.de
<http://www.marco-buelow.de>

Berlin, 8. Februar 2012

Marco Bülow begrüßt SPD-Konzept für den Kampf gegen Korruption

Zum Vorschlag für einen Gesetzestext zur Neuregelung der Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung der SPD-Bundestagsfraktion erklärt der Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow:

„Ich fordere schon lange Bestechung und Bestechlichkeit von Mandatsträgern unter Strafe zu stellen. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass die SPD-Bundestagsfraktion nun einen Gesetzestext zur Neuregelung der Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung vorgelegt hat. Transparenz, Eingrenzung des ausufernden Lobbyismus und Korruptionsbekämpfung gehören in das Zentrum der politischen Debatte, wenn man die Glaubwürdigkeit der Politik wiederherstellen will.

Nach deutschem Recht ist bislang nur der Stimmenkauf beziehungsweise -verkauf bei Wahlen strafbar. Dies ist fast unmöglich nachzuweisen und daher eine viel zu schwache Regelung. Hinzu kommt, dass Deutschland 1999 und 2003 völkerrechtliche Übereinkommen über globale Standards bei der Korruptionsstrafbarkeit und der Abgeordnetenbestechung unterzeichnet hat. Mehr als 150 Länder haben das Antikorruptionsübereinkommen umgesetzt, Deutschland neben Ländern wie Syrien, Saudi-Arabien und Sudan noch nicht. Dies ist höchstgradig peinlich und beweist ein weiteres mal, wie wenig ernst die Regierungsparteien Union und FDP es mit dem Kampf gegen Korruption nehmen. Bereits zu Zeiten der Großen Koalition verweigerte die Union jegliche Gespräche zu dem Thema. Unter fadenscheinigen Argumenten wollen die Regierungsfractionen auch weiterhin untätig bleiben.

PRESSMITTEILUNG



Marco Bülow

Mitglied des Deutschen Bundestages
stellv. Energiepolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
☎ (030) 227 - 73 403
☎ (030) 227 - 76 488
✉ marco.buelow@bundestag.de

Bürgerbüro Dortmund

Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund
☎ (0231) 4766990
☎ (0231) 4766991
✉ marco.buelow@wk.bundestag.de
<http://www.marco-buelow.de>

Berlin, 8. Februar 2012

Der Vorschlag der SPD setzt eine konkrete Unrechtsvereinbarung voraus. Das heißt, dass ein Vorteil dafür gefordert oder gewährt wird, dass der Mandatsträger sich in einer bestimmten Weise im Auftrag oder nach Weisung des Auftraggebers verhält. Ein solches Verhalten steht in krassem Widerspruch zu Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz, wonach Abgeordnete nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind (sogenanntes freies Mandat).

Bei dem Gesetzentwurf handelt es sich um einen wichtigen Schritt. Genug getan bei der Eindämmung des Lobbyismus und der Stärkung unserer Demokratie ist damit aber noch lange nicht. Die SPD fordert daher z.B. auch die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters und mehr Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung. Ich finde es gut, dass die SPD sich in diesem Themenbereich in die richtige Richtung bewegt und hoffe, dass wir in Zukunft noch mutigere Schritte z.B. bei der Transparenz und der Begrenzung von Nebentätigkeiten gehen.“

PRESENMIITTEILUNG